

Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg  
Naturwissenschaftliche Fakultät III  
Institut für Informatik

**Seminar**

## **Informatik und Gesellschaft**

Sommersemester 2019

geleitet durch Prof. Dr. Paul Molitor

---

# **Chancen und Gefahren digitaler Technologien für die Demokratie**

Abdulhasib Masri & Kornelia Szalay

## Inhaltsverzeichnis

<b>1</b>	<b>Einleitung</b>	<b>3</b>
<b>2</b>	<b>Definitionen</b>	<b>4</b>
2.1	Diktatur . . . . .	4
2.2	Demokratie . . . . .	4
<b>3</b>	<b>Auswirkung der Technologie in demokratischen und diktatorischen Ländern</b>	<b>5</b>
3.1	Digitale Technologien als Informationsquellen . . . . .	5
3.2	Wie können Benutzerdaten bei Wahlen benutzt werden? . . . . .	7
3.3	Rolle digitaler Technologien bei Freiheit fordernden Bewegungen in diktatorischen Ländern am Beispiel von Syrien . . . . .	8
3.3.1	Syrien Hama 1982 . . . . .	9
3.3.2	Syrische Revolution 2011 . . . . .	10
3.3.3	Exkurs: Error 404 – page not found . . . . .	11
3.3.4	Waren die sozialen Medien hilfreich, hilflos oder eher schädlich für die Revolution? . . . . .	12
3.4	Einfluss der Medien in der Politik am Beispiel von Ungarn . . . . .	13
3.4.1	Einblick in die politische Lage Ungarns . . . . .	13
3.4.2	Wie gelangen die Bürger in Ungarn zu Informationen? . . . . .	15
3.4.3	Ist Ungarn noch eine Demokratie? . . . . .	16
<b>4</b>	<b>Die digitalen Technologien und die Demokratie</b>	<b>18</b>
4.1	Gefahren der digitalen Demokratie . . . . .	18
4.2	Chancen digitaler Technologien . . . . .	19
4.3	Verantwortliche Nutzung der gegebenen Technologien . . . . .	19
<b>5</b>	<b>Abschließende Gedanken</b>	<b>20</b>

**Gender-Hinweis:** Die weibliche Form ist der männlichen Form in dieser Arbeit gleichgestellt; lediglich aus Gründen der Vereinfachung wurde die männliche Form gewählt.

**Überarbeitung durch den Dozenten:** Der vorliegende Text entspricht im Wesentlichen dem ursprünglichen durch die oben genannten Autor\*inn\*en erstellten Bericht. Der Dozent hat Schreib- und Kommatafehler entfernt, Formatierung angepasst, sowie leichte Änderungen an der Kapitelstruktur und den Überschriften einzelner Teilkapitel gemacht.

## 1 Einleitung

Stellen Sie sich vor, Sie wachen eines Morgens in einer Welt auf, wo Sie zum Gefangenelager gebracht werden könnten, weil Sie Ihre Meinung geäußert haben. Ihr Bruder ist im Gefängnis, weil er das Regime kritisiert hat. Und Sie dürfen im öffentlichen Sektor nicht angestellt werden, weil Ihr Onkel vor 15 Jahren oppositionell gegen die damalige und immer noch amtierende Regierung war, bevor er unter Folterung im Gefängnis getötet wurde. Sie möchten gar nicht mehr Ihre Freiheit haben, sondern nur das für das Überleben genügende Gehalt, damit Ihre Familie nicht verhungert. Nicht nur die eigene, sondern auch die Familie Ihres Bruders! Er befindet sich noch im Gefängnis!

Stellen Sie sich vor, Sie leben in einem Land, in dem 60.000 politische Häftlinge im Gefängnis leiden.<sup>1</sup> In dem ein Journalist mehr als 850 Tage unter Folter im Gefängnis bleibt, der ohne eine formelle Anklage, einen Prozess oder eine Verurteilung festgenommen wurde.<sup>2</sup> In dem die Unabhängigkeit der Entscheidungen des Gerichts fehlt, weil die Gesetze und Verfassung auf das Maß des Herrschers zugeschnitten wurden.

Stellen Sie sich vor, Sie leben in einem Land, dessen Regierung einen kritischen Journalisten in einer Botschaft mit Knochensäge zerschnitten und anschließend in Koffern aus der Botschaft gebracht hat.<sup>3</sup>

Stellen sie sich vor, Sie leben in einem Land, dessen Regime die Häuser der Bevölkerung mit Raketen zerstört oder mit der Luftwaffe einen ganzen Stadtteil vernichtet, in dem seit Kriegsbeginn mindestens 400.000 Menschen getötet wurden<sup>4</sup> und nach Angaben des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen (UNHCR) nach Jahren unerbittlicher Kämpfe 6,5 Millionen Menschen intern und mehr als 5 Millionen auf der ganzen Welt vertrieben worden sind.<sup>5</sup>

Diese Optionen scheinen für die meisten Europäer 2019 wahrscheinlich eher fremd

---

<sup>1</sup>Eberhardt, Oliver (2018): 60 000 politische Gefangene in Ägypten  
<https://www.neues-deutschland.de/artikel/1093036.politische-gefangene-in-aegypten.html>  
[Letzter Zugriff: 12.08.2019].

<sup>2</sup>Malzahn, Philip (2019): Freiheit für die Lügenpresse. Neues Deutschland: 26.05.2019  
<https://www.neues-deutschland.de/artikel/1119571.mahmoud-husseini-freiheit-fuer-die-luegenpresse.html> [Letzter Zugriff: 12.08.2019].

<sup>3</sup>Schrader, Hannes (2018): Was geschah mit Jamal Khashoggi?  
<https://www.zeit.de/politik/ausland/2018-10/jamal-khashoggi-saudi-arabien-journalist-konsulat-istanbul-faq> [Letzter Zugriff: 12.08.2019].

<sup>4</sup>Kinder im Syrienkrieg (2019): Eine geschundene Generation  
<https://www.tagesschau.de/ausland/unicef-syrien-kinder-101.html> [Letzter Zugriff: 12.08.2019].

<sup>5</sup>SYRIEN 2017/18: (2018)  
<https://www.amnesty.de/jahresbericht/2018/syrien> [Letzter Zugriff: 12.08.2019].

zu sein. Die Mehrheit hat glücklicherweise keine Kriegserfahrungen. Die europäischen Bürger leben in zumeist stabilen Staaten, in der - bis heute bekannten - besten Herrschaftsform, der Demokratie. Was passiert aber, wenn diese Staaten doch nicht so stabil sind, wie sie glauben? Wären sie wachsam genug, um es mitzubekommen, wenn ihre hochgeschätzte Demokratie heimlich verändert wird? Wären Sie in der Lage, dagegen etwas auszurichten?

In diesem Beitrag werden wir die Antworten zwar nicht geben können, jedoch möchten wir zum Nachdenken anregen. Zunächst werden grundlegende Definitionen gegeben, bevor ein Überblick über die Geschichte und politische Einrichtung von Syrien und Ungarn gegeben wird. Anhand von Syrien wird gezeigt, welche Möglichkeiten die zivile Bevölkerung haben kann, sich der Staatsmacht zu widersetzen. Ungarn dagegen dient als Beispiel, wie eine Demokratie hinter der Bühne verändert werden kann. Abschließend werden Chancen und Gefahren digitaler Technologien betrachtet.

## 2 Definitionen

### 2.1 Diktatur

"Eine Diktatur ist eine Herrschaftsform, die sich durch eine einzelne regierende Person, den Diktator, oder eine regierende Gruppe von Personen (z. B. Partei, Militärjunta, Familie) mit weitreichender bis unbeschränkter politischer Macht auszeichnet."<sup>6</sup>

### 2.2 Demokratie

Unter Demokratie versteht man Herrschaftsformen, politische Ordnungen oder politische Systeme, in denen die Macht und Regierung vom Volk ausgehen.<sup>7</sup> Mehrere Varianten der Demokratie werden unterschieden: repräsentative, deliberative und partizipative/direkte Demokratie, je nachdem, wie aktiv sich die Rolle des Wählers bei politischen Entscheidungen gestaltet.<sup>8</sup> Für eine gut funktionierende Demokratie wurden je nach Theorie diverse Kriterien formuliert. Dahl definiert sie mit dem Ziel, die Exekutive zu

---

<sup>6</sup>Wikipedia: Diktatur

<https://de.wikipedia.org/wiki/Diktatur> [Letzter Zugriff: 10.08.2019, 17:10].

<sup>7</sup>Fuchs, Dieter: Demokratie, in: Fuchs, Dieter; Roller, Edeltraud (Hrsg.): Lexikon Politik. Hundert Grundbegriffe. Reclam, Stuttgart 2007, S. 38f.

<sup>8</sup>Vgl. Wagner, Sabine: Lokales Demokratie-Update. Wirkung dialogorientierter und direktdemokratischer Bürgerbeteiligung. Springer VS, Wiesbaden 2019, S. 55-56.

kontrollieren und die verfassungsmäßig garantierten Bürgerrechte zu sichern, folgenderweise:

- Wirksame Beteiligung,
- gleiches Wahlrecht,
- Schaffung eines aufgeklärten Wissensstandes,
- Ausübung der vollständigen Kontrolle über die politische Tagesordnung durch das Volk,
- Einbeziehung möglichst aller Erwachsenen.<sup>9</sup>

In der Realität gelten aber nie alle Kriterien vollständig. Bezüglich unseres Themenfeldes sind die (v. a. technischen) Möglichkeiten der Beteiligung, der Informationsbeschaffung evtl. der Kontrolle durch das Volk von besonderem Interesse.

### 3 Auswirkung der Technologie in demokratischen und diktatorischen Ländern

Die sozialen Netzwerke spielen eine sehr große Rolle beim Bestimmen der politischen Zukunft, sowohl in demokratischen als auch in autokratischen Ländern. Aktuellpolitische Beispiele sind einerseits die Wahlen in den USA in 2016 mit dem Facebook-Skandal und der arabische Frühling, wo die sozialen Netzwerke geholfen haben, die Ideen der Demonstrationen zu verbreiten. Anhand der Ereignissen in Syrien sowie in Tunesien wird es plastisch, welche Rolle die Technologie, besonders das Internet, für die Interaktion und Revolution der Aktivisten spielen kann.

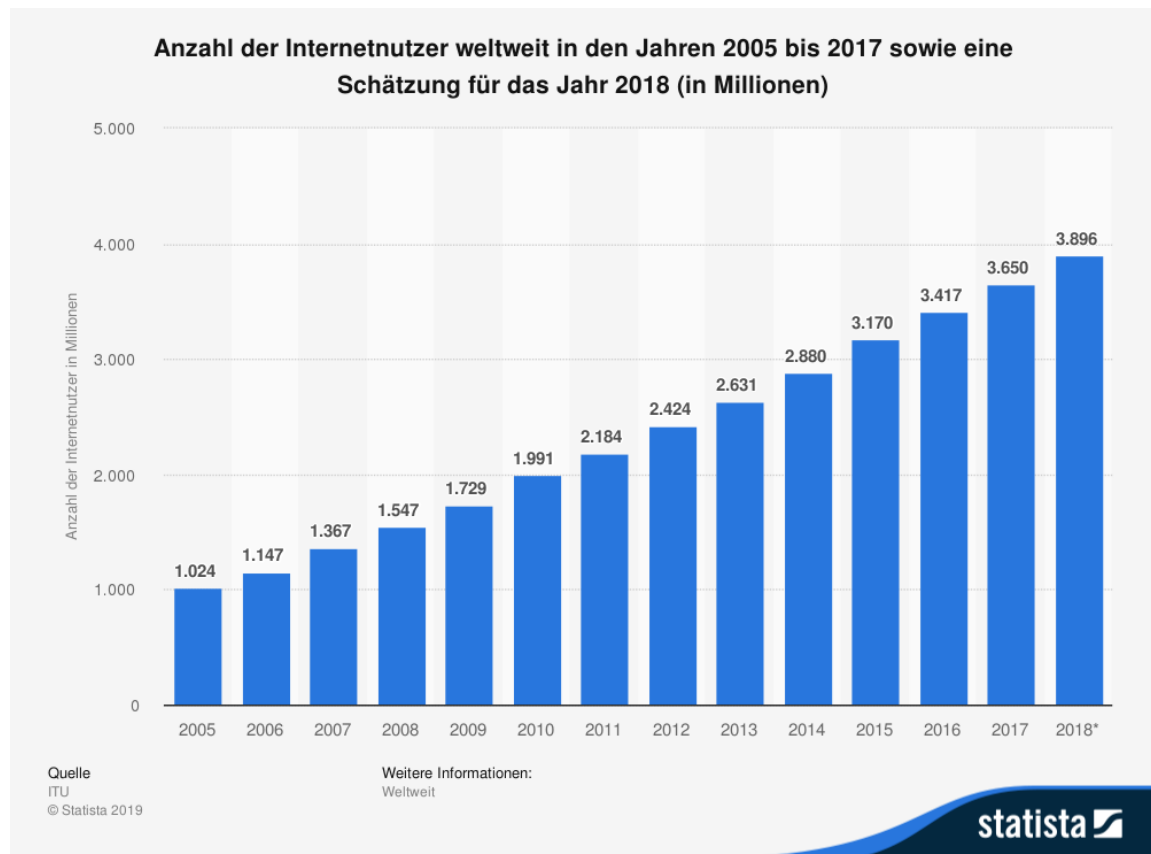
#### 3.1 Digitale Technologien als Informationsquellen

Es existieren in Deutschland an die 6.000 Zeitungen, Zeitschriften und Magazine und mehr als 500 Fernseh- und Radiosender und zusätzlich das Internet.<sup>10</sup> Das folgende Diagramm zeigt uns, dass sich die Zahl der Internetnutzer weltweit zwischen 2005 und 2018 mehr als verdreifacht hat. Diese Tatsache ist vor allem unter dem Aspekt

<sup>9</sup>Vgl. Dahl, Robert A.: On democracy. Yale University Press, London 2000, S. 37-38.

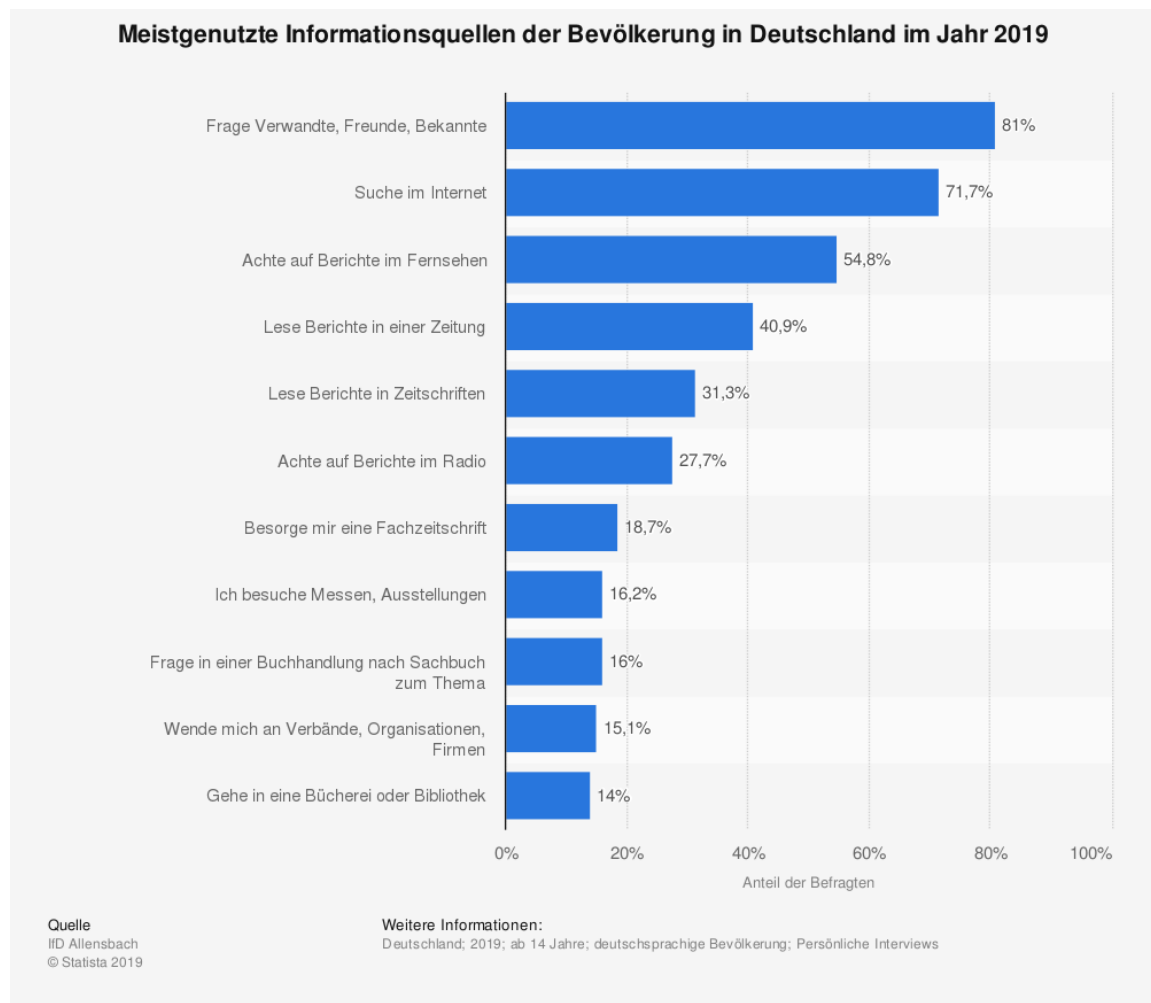
<sup>10</sup>ARD-alpha: Digitalisierung – Gefahr oder Chance für die Demokratie?  
Siehe <https://www.youtube.com/watch?v=dDv9GWLcNvE>

so bedeutsam, dass – wie dies im Fall der Deutschen – das Internet tendenziell zur primären Informationsquelle unter den Medien wird. Dies bedeutet, dass mithilfe der im Internet veröffentlichten Informationen unsere Entscheidungen zum Kauf einer Ware, Besuch eines Touristenorts, Mieten eines Hotelzimmers oder auch zur Wahl unserer Kandidaten zur Präsidentschaft beeinflusst werden können.



Im Vergleich zur Vergangenheit, als überwiegend auf den Straßen Flyer verteilt wurden, wird heute der Wahlkampf immer öfter digital betrieben, nämlich in den sozialen Netzwerken, wie Facebook, Twitter, Instagram und Youtube. Diese Netzwerke werden mit Hilfe von Digitalexperten genutzt, um bestimmten Zielgruppen spezielle politische Botschaften zu vermitteln. Die Reaktionen der User werden ausgewertet, damit maßgeschneiderte (Wahlkampf-) Werbung stattfinden kann. Soziale Netzwerke stellen aber insofern auch eine Gefahr dar, da sie anfällig für Manipulationen sind. Zu diesen gehören unter anderen die "Fake News", bewusste Falschmeldungen. Sie verbreiten sich schnell und ihr Ziel ist, die politischen Gegner zu diffamieren. Selbst wenn Falschmeldungen später korrigiert werden müssen, kommt die Richtigstellung meist zu spät und

erreicht selten die Klickzahlen der ursprünglichen Fake News.<sup>11</sup>



### 3.2 Wie können Benutzerdaten bei Wahlen benutzt werden?

Aktuell könnte der Facebook-Datenskandal eine Antwort auf diese Frage liefern. Der Skandal zog massive Kritik nach sich, weil die Datenanalysefirma Cambridge Analytica (CA) zu mehr als 87 Millionen Nutzerdaten Zugang bekam. Dieser Politikberatungsfirma, die unter anderem für das Wahlkampfteam des heutigen US-Präsidenten Donald Trump gearbeitet hatte, waren Jahre zuvor Informationen mehrerer Millionen Facebook-Nutzer weitergegeben worden. Nach Chris Wylie – ehemaliger Mitarbeiter von CA – haben Nutzer einer Persönlichkeitstest-App Zugang zu den Daten ihrer Bekannten erteilt, die auf Facebook eingesammelt und unrechtmäßig an CA weitergereicht

<sup>11</sup>ARD-alpha: Digitalisierung - Gefahr oder Chance für die Demokratie?  
<https://www.youtube.com/watch?v=dDv9GWLCnvE> [Letzter Zugriff: 10.08.2019].

worden sind. Facebook habe zwar diesen Quiz vom Netzwerk entfernt und von CA die Vernichtung der Daten verlangt, habe die Erfüllung der letzteren aber nie geprüft und die betroffenen Nutzer wurden auch nicht informiert.<sup>12</sup>

Wie wurden die Nutzerdaten benutzt? Eine Möglichkeit ist, Wähler möglichst gezielt mit Werbung anzusprechen, wie es während der Kampagnen von Barack Obama und Hillary Clinton der Fall war. Cambridge Analytica verwendete die Daten aber auf Grundlage eines psychologischen Ansatzes, indem die Wähler nach bestimmten Kriterien (Gewissenhaftigkeit, Aufgeschlossenheit, Geselligkeit, Neurotizismus und Empathie) eingestuft wurden. Am Beispiel einer als neurotisch kategorisierten Person wurde ihr eine Anzeige nahegebracht, auf der „ein Einbrecher mit Lederhandschuhen durch eine eingeschlagene Scheibe greift.“ Die Botschaft dieser Anzeige war, dass man Trump wählen solle, weil er vor solchen Ganoven schützen würde.<sup>13</sup>

Die Nutzer der sozialen Netzwerke begegnen so viele unterschiedliche, oft einander widersprechende Informationen, dass es immer schwieriger zu entscheiden wird, ob sie vertrauensvoll sind. Bei den Wahlen wird dadurch potenziell Zweifel an der Rechtmäßigkeit geweckt, dadurch das Vertrauen am Wahlsystem auf Probe gestellt. Fraglich ist, ob dieses Problem in der Zukunft weiterhin besteht oder sich sogar vertieft, wenn Nutzer aufgrund von gezielten Nachrichten getäuscht werden. Sind die Wahlen dann immer noch frei? Bleibt das Land in diesem Fall noch eine Demokratie?

### **3.3 Rolle digitaler Technologien bei Freiheit fordernden Bewegungen in diktatorischen Ländern am Beispiel von Syrien**

Um einen richtigen Eindruck zu bekommen, werden wir zunächst ein Beispiel über die politische Situation von Syrien der 1970er-80er Jahre betrachten, anhand dessen wir den Unterschied zu den Ereignissen bezüglich des Internets im 21. Jahrhundert hervorheben werden. Illustriert wird es anhand des Massakers von Hama (Syrien) im Jahre 1982 und verglichen mit der Situation des “arabischen Frühlings”, der im Dezember 2010 angefangen hat. Es wird auch dargestellt, welche Rolle die neuen Technologien gespielt haben.

---

<sup>12</sup>DW: Facebook-Datenskandal: Was bisher geschah  
<https://www.dw.com/de/facebook-datenskandal-was-bisher-geschah/a-43322775> [Letzter Zugriff: 10.08.2019].

<sup>13</sup> Voss, Oliver: Facebook-Daten illegal für Trump-Wahlkampf genutzt. Tagesspiegel: 19.03.2018.  
<https://www.tagesspiegel.de/wirtschaft/cambridge-analytica-facebook-daten-illegal-fuer-trump-wahlkampf-genutzt/21088976.html> [Letzter Zugriff: 10.08.2019].



### 3.3.1 Syrien Hama 1982

Zunächst muss man die bestehenden Konfliktlinien in Syrien einordnen können, damit man ein fundiertes Urteil darüber treffen kann, weshalb Syrien einen Unruheherd darstellt. Syrien wurde im Jahre 1946 aus quasi französischer Besatzung entlassen. Dies heißt nicht, dass das Land nun unabhängig war, weder aus ökonomischer noch aus politischer Sicht. Hier sieht man bereits eine Konfliktlinie. Eine weitere, die deutlicher zu Tage tritt, ist die ethnische und religiöse Trennung der Bevölkerung. Hierbei ist der Kampf um die Deutungshoheit des Korans, zwischen Schiiten und Sunniten gemeint. In der Folge gibt es noch weitere religiöse bzw. kulturelle Minderheiten.

Als Stabilisator diente das Militär und so verwundert es auch nicht, dass 1970 der damalige Verteidigungsminister, also der oberste Dienstherr der syrischen Armee, Hafis al-Assad nach der Macht griff. Als dieser erste Schritt gelungen war, begann er, die neugewonnene Macht zu untermauern. Dies tat al-Assad, indem er Schlüsselpositionen mit Gefolgsleuten bzw. Verwandten besetzte. Akteure, die außerhalb seines Machtspektrums lagen, wurden unter staatliche Kontrolle gestellt und somit in der Konsequenz jegliche politische Opposition unterdrückt.

Mit al-Assad kam ein Verfechter des Panarabismus <sup>14</sup> an die Macht, der ebenso Teil der Baath-Partei war. Als Kontrahenten fand man die Muslimbrüder, und wie eingangs erwähnt, bildete dies eine der zahlreichen Konfliktlinien im jungen Syrien. Denn die Muslimbruderschaft war bzw. ist eine islamistisch-sunnitische Bewegung oder Gruppe im Gegensatz zur schiitischen, panarabisch-sozialistischen Bewegung der Baath-Partei. In der Folge verhärteten sich die Fronten und der Konflikt spitzte sich zu. Dabei fand der Konflikt 1980 den ersten Höhepunkt mit dem Attentat auf Hafis al-Assad. Diesen Mordversuch überlebte der syrische Diktator und stellte im selben Jahr die Mitgliedschaft bei den Muslimbrüdern unter Todesstrafe. Dies bildet einen weiteren Meilenstein auf dem Weg zur Eskalation im Jahre 1982. Hierbei setzte al-Assad das ein, wovon er mutmaßlich am meisten verstand, das syrische Militär. Unter dem Kommando von Rifaat al-Assad, dem jüngeren Bruder des Präsidenten, erfolgte am 02.02.1982 ein Militärschlag gegen die Stadt Hama, im syrischen Nordwesten. Dies war die Folge auf Anschläge der regierungsfeindlichen Muslimbruderschaft. 13 Tage danach wurde der Kampf zwar als siegreich und für beendet erklärt, allerdings gingen die "Säuberungsaktionen" für zwei Wochen weiter. In der umstellten Stadt fielen dem Militärschlag

<sup>14</sup>Szyska, Christian: Panarabismus, in: Elger, Ralf/ Stolleis, Friederike (Hg.): Kleines Islam-Lexikon. Geschichte - Alltag - Kultur. München 2018. <https://www.bpb.de/nachschlagen/lexika/islam-lexikon/21615/panarabismus> [Letzter Zugriff: 15.08.2019].

schätzungsweise zwischen 10.000 und 40.000 Menschen zum Opfer.<sup>15</sup>

Da es staatliche Medien gab, die ein Informationsmonopol innehatten, gelangten keine bis wenige Informationen an die Bevölkerung außerhalb Hamas. Im Umkehrschluss kamen natürlich auch weniger Informationen hinein. Dies steht in einer diametralen Unterscheidung zu den Vorkommnissen des "Arabischen Frühlings", da hier, die bereits genannten, Kurznachrichtendienste massiv Anwendung fanden.

### 3.3.2 Syrische Revolution 2011

Nach dem Vorbild des sogenannten "Arabischen Frühlings" protestierten die Bürger in Syrien in den ersten Monaten des Jahres 2011 gegen das herrschende Regime, gegen Korruption und Vetternwirtschaft, gegen Polizeigewalt und für mehr Bürgerrechte.

Wie hat die Revolution angefangen? Als Ausgangspunkt der Revolution wird der Ort Daraa im Süden des Landes betrachtet, an dem im März 2011 Schulkinder wegen regimekritischer Graffiti auf eine Mauer in ihrem Schulhof verhaftet und gefoltert worden waren.<sup>16</sup> Die Demonstrationen für die Freilassung der Jugendlichen wurden vom Regime mit brutaler Gewalt unterbunden, es ließ Scharfschützen auf unbewaffnete Demonstranten feuern. Dies löste eine Welle von Protesten aus, die sich über das ganze Land ausbreiteten. Das Assad-Regime, das schon vor dem "Arabischen Frühling" eines der repressivsten in der Region war, war von Beginn an entschlossen, keine substantiellen politischen Zugeständnisse zu machen. Die Regierung versuchte die Protestbewegung mit aller Gewalt niederzuschlagen. Bereits in den ersten Monaten wurden mehr als tausend Demonstranten von Assads Sicherheitskräften erschossen, es gab Massenverhaftungen und Folter, unzählige Regimegegner „verschwanden“ spurlos. Als Beispiel töteten am 22. April 2011 Scharfschützen nach Angaben der Opposition in ganz Syrien 112 Demonstranten.<sup>17</sup>

Im Vergleich zu den Februartagen im Jahre 1982 hat sich die Medienlandschaft fast 30 Jahre nach Hama stark weiterentwickelt. Natürlich gibt es noch staatliche Sender und zudem auch das Regime, welches daran interessiert ist, keine belastenden Informationen

---

<sup>15</sup> Bpb (2017) : 2. Februar 1982: Das Massaker von Hama in Syrien  
<https://www.bpb.de/politik/hintergrund-aktuell/241689/massaker-von-hama>  
[Letzter Zugriff: 13.08.2019].

<sup>16</sup> Osius, Anna (2017): Wie Graffiti von Schuljungen einen Bürgerkrieg auslösten  
[https://www.deutschlandfunk.de/sechs-jahre-syrienkrieg-wie-graffiti-von-schuljungen-einen.1773.de.html?dram:article\\_id=381266](https://www.deutschlandfunk.de/sechs-jahre-syrienkrieg-wie-graffiti-von-schuljungen-einen.1773.de.html?dram:article_id=381266) [Letzter Zugriff: 10.08.2019].

<sup>17</sup> Der Spiegel: Syrien-Chronologie Kampf gegen Assad  
<https://www.spiegel.de/politik/ausland/syrien-chronologie-kampf-gegen-assad-a-864364.html>  
[Letzter Zugriff: 10.08.2019].

heraussickern zu lassen. Allerdings gibt es nun auch Mobiltelefone und das Internet, welches kostbare Werkzeuge darstellen, um Informationen in Echtzeit zu versenden aber auch zu empfangen. Die erwähnten Nachrichtendienste taten dabei ihr Übriges und stellten sicher, dass es abrufbar und damit für jeden sichtbar wurde, was zur Zeit des "Arabischen Frühlings" in Syrien passierte. Es liegt auf der Hand, dass es durch die neue Art der Vernetzung nun auch möglich war, sich leichter zu Kundgebungen zu organisieren und sich auch gegenseitig zu informieren.

Durch das Internet wurden natürlich auch Fernsehsender darauf aufmerksam. Dies hatte zur Folge, dass auch Menschen, die wenig mit dem Internet arbeiten bzw. weniger Zugang zu diesem Medium haben, ebenfalls mit Informationen versorgt wurden. So entstand die Situation, dass potentiell jeder Mensch sich eine Meinung über die Vorkommnisse in Syrien machen konnte und sie nicht, wie vor 30 Jahren, verborgen bleiben konnten.<sup>18</sup> Beispielsweise strahlte Al-Jazeera aus Katar Bilder, Videos und Informationen aus, die ihn über Twitter und Facebook erreichten. Außerdem konnte man ununterbrochen Berichte live verfolgen, da zahlreiche Vernetzungsmöglichkeiten durch diesen Kanal zur Verfügung gestellt wurden.<sup>19</sup> Die Öffentlichkeitswirksamkeit der Aufnahmen hatte sogar zur Folge, dass sich 2012 – in Folge dieser Ereignisse – eine internationale Kontaktgruppe aus 70 Staaten und Körperschaften gründete. Nun hatte auch die Opposition ein Sprachrohr und es gab nicht mehr das Informationsmonopol des syrischen Regimes.<sup>20</sup>

### 3.3.3 Exkurs: Error 404 – page not found

Der Kampf zwischen den Diktatoren und ihren Bürgern blieb nicht auf den Straßen, er ist technisch-digital geworden. Vor den Umbrüchen war die Internetzensur in Tunesien, wie auch in Syrien wesentlich strikter. Staatlicherseits wurden unter anderem die Webseiten von al-Jazeera, Wikileaks, YouTube sowie viele Facebook-Seiten blockiert. Häufig erschien die Fehlermeldung "Error 404 – page not found". Die Blogger fürchteten sich lange davor, gegen das tunesische Regime offene Kritik zu äußern. Dies änderte

---

<sup>18</sup>Naggar, Mona (2013) Deutschlandfunk: Revolution der syrischen Medien [https://www.deutschlandfunk.de/revolution-der-syrischen-medien.761.de.html?dram:article\\_id=265043](https://www.deutschlandfunk.de/revolution-der-syrischen-medien.761.de.html?dram:article_id=265043) [Letzter Zugriff: 10.08.2019].

<sup>19</sup> Dr. Asiem El Difraoui (2011): bpb : Die Rolle der neuen Medien im Arabischen Frühling <https://www.bpb.de/internationales/afrika/arabischer-fruehling/52420/die-rolle-der-neuen-medien?p=all> [Letzter Zugriff: 13.08.2019].

<sup>20</sup> Ehrenstein, Claudia (2012): "Freunde Syriens" drohen Assad mit Militärschlag <https://www.welt.de/politik/ausland/article106144003/Freunde-Syriens-drohen-Assad-mit-Militaerschlag.html> [Letzter Zugriff: 13.08.2019].

sich erst im Dezember 2010, als sie angefangen haben, dem Regime Vorwürfe wegen der strengen Zensur und des Mangels an Presse- und Redefreiheit zu machen. Ab diesem Zeitpunkt berichteten Blogger über die Proteste und gaben technische Hinweise zur Umgehung der Internetkontrolle. Unter dem Titel "TuniLeaks" stellten tunesische Internetaktivisten die von WikiLeaks veröffentlichten US-Depeschen über die korrupten Handlungen des Regimes Ben Ali ins Netz. Die WikiLeaks-Depeschen riefen die Revolution hervor, weil sie das vermutete Ausmaß der Plünderung des Landes durch den Ben Ali-Clan "objektiv" bestätigten. Tunesische Aktivisten führten zusammen mit der internationalen Hacker-Bewegung "Anonymous" eine Art Cyber-Krieg. Sie hackten die Webseiten der Regierung. Es gelang ihnen sogar, die Spionage- und Zensurprogramme der Regierung zu deaktivieren.

### **3.3.4 Waren die sozialen Medien hilfreich, hilflos oder eher schädlich für die Revolution?**

Es besteht kein Zweifel, dass soziale Medien mit ausgeklügelten Kommunikationssystemen eine entscheidende Rolle dabei spielten, Demonstrationen zu befeuern und Aktivisten zu motivieren, friedliche Bewegungen zu verfolgen. Den Oppositionellen war es aber kaum möglich, mit der Organisiertheit der autoritären Regime, wie sie die sozialen Medien – ganz zu schweigen von Fernsehsender – nutzten, Schritt zu halten. Dadurch konnten sie ihre Meinungen und Handlungen nur sehr begrenzt zu einem gemeinsamen Ziel bündeln. Autoritäre Regime haben ausgedehnte Netzwerke von Medien und Journalisten aufgebaut, die die Opposition als Terroristen darstellen können. Die Bewegungen, die Freiheit forderten, wurden als Teil ausländischer Verschwörungen erklärt, die darauf abzielen, die Souveränität durch Sabotage des Staates zu untergraben, sein soziales Gefüge zu zerstören und den Hass der Glaubensrichtungen zu verbreiten. Diese Journalisten wurden nicht müde, jemanden als Verräter darzustellen, der das Vorgehen der Regierung kritisierte oder sich mit Dissidenten solidarisierte, von denen einige seit Jahren im Gefängnis saßen, andere unter Folter in Gefängnissen starben. Den diktatorischen Regimen gelingt es, die Dissidenten zu zerstreuen und Verzweiflung und Frustration in die Herzen der Bürger zu säen, die von Armut, enorme Herausforderungen im Alltag und Arbeitslosigkeit erschöpft sind. Diese Regime sind in der Lage, den Kampf von der Straße in die virtuelle Welt zu führen und die Gegner zu lähmen.

## 3.4 Einfluss der Medien in der Politik am Beispiel von Ungarn

### 3.4.1 Einblick in die politische Lage Ungarns

Ungarn ist seit 1989 eine Republik. Das Parlament verabschiedete während der Wendezeit ein Gesetz über die Modifizierung der Verfassung von 1949. In der Einführung wurden das Mehrparteiensystem, die parlamentarische Demokratie und eine soziale Marktwirtschaft als Ziele deklariert. Dieses sollte als Übergangsverfassung dienen.<sup>21</sup> 2010 hat die Partei Fidesz (Fiatial Demokraták Szövetsége = Verband junger Demokraten) die Wahl mit einer 2/3- Mehrheit gewonnen und Orbán Viktor als Regierungschef beauftragt. Mit dieser Mehrheit wurde kurz danach eine neue Verfassung und weitere grundlegende Gesetze (z. B. Mediengesetz, Strafgesetz, Wahlgesetz, Bürgerliches Gesetzbuch) verabschiedet.<sup>22</sup>

Die herrschende politische Stimmung in Ungarn ist anhand der neuen streitbaren Verfassung deutlich darstellbar. Die Regierung ist überzeugt davon, eine der modernsten Verfassungen Europas formuliert zu haben, die eine allgemeine identitätsstiftende Rolle für alle Ungarn einnehmen könne.<sup>23</sup> Kritiker dagegen halten sie für parteiisch, außerdem geeignet für diskriminierende Interpretationen. Durch die neuen Regelungen seien die regierenden Parteien in der Lage, ihren Einfluss auf die Politik durch Ernennung diverser Funktionäre aufrecht zu erhalten, auch wenn sie die nächsten Wahlen verlieren sollten. Das System der Checks and Balances wird als gefährdet angesehen, weil die Ernennung dieser Funktionäre stärker von der Regierung ausgeht und zudem wurden die Befugnisse des Verfassungsgerichts bzw. die Unabhängigkeit der Gerichtshöfe eingeschränkt.<sup>24</sup> Als Ergebnis kann die legislative und exekutive Macht weniger effektiv kontrolliert bzw. ausgeglichen werden. Des Weiteren wurden auch Sorgen um die Geltung der Menschenrechte geäußert.<sup>25</sup>

---

<sup>21</sup>1989.évi I. törvény Präambel.

<sup>22</sup>Grundgesetz: 25. April 2011, Mediengesetz: 2010. évi CLXXXV. törvény, Strafgesetzbuch: 2012. évi C. törvény, Wahlgesetz: 2013. évi XXXVI. törvény, Bürgerliches Gesetzbuch: 2013. évi V. törvény.

<sup>23</sup>Rede von Viktor Orbán an der Konferenz "Dialog und Identität" am 24.04.2015. In Budapest. <https://www.kormany.hu/en/the-prime-minister/the-prime-minister-s-speeches/vortrag-von-viktor-orban-an-der-konferenz-dialog-und-identit-t> [Letzter Zugriff: 10.08.2019].

<sup>24</sup>Vgl. Financial Times: Hungary approves new constitution. 18.04.2011. <https://www.ft.com/content/004ac47c-68ed-11e0-9040-00144feab49a> [Letzter Zugriff: 10.08.2019].

<sup>25</sup>Vgl. Human Rights Watch: Ungarn: Verfassungsänderungen unzureichend. Europa soll Rechtsstaatlichkeit aktiv schützen. 18.09.2013. <https://www.hrw.org/de/news/2013/09/18/ungarn-verfassungsanderungen-unzureichend> [Letzter Zugriff: 13.08.2019], siehe noch: Mateusz Gniazdowski, Andrzej Sadecki: Constitution for a new Hungary - the domestic and regional implications. OSW Commentary: 07.08.2011. <https://www.osw.waw.pl/en/publikacje/osw-commentary/2011-08-07/constitution-a-new-hungary-domestic-and-regional-implications> [Letzter Zugriff: 13.08.2019].

Kritisiert wurde der Entwurfsprozess, da sich die oppositionellen Parteien – bis auf Jobbik – nach kurzer Zeit weigerten, daran teilzunehmen, weil er illegitim sei.<sup>26</sup> Die Wähler wurden offensichtlich nicht ausreichend in die Gestaltung des Grundgesetzes miteinbezogen, nach Meinung der Regierungsparteien hätten sie aber die Ermächtigung der Bürger bereits an den Wahlurnen erhalten.<sup>27</sup>

Die Kritik in der Europäischen Union wurde mit der Zeit auch nicht leiser. Die Frage, ob Ungarn überhaupt noch demokratisch ist und den rechtsstaatlichen Prinzipien entspricht, taucht immer wieder neu auf.<sup>28</sup> Ein Ausschuss des Europäischen Parlaments untersuchte in 2018, ob “die Gefahr einer schwerwiegenden Verletzung der Grundwerte der Europäischen Union durch Ungarn besteht”.<sup>29</sup> In diesem Bericht wurden Rechtsnormen und/oder Praktiken öffentlicher Instanzen in mehreren Themenbereichen als problematisch bezeichnet, außerdem wird auf die Rechtsverstöße seit 2010 erinnert. Die gravierenden Kritikpunkte, die die Rechtsstaatlichkeit gefährden (können), beziehen sich unter anderem auf die einschränkbare Unabhängigkeit der Judikative. Durch ein, der Regierung untergeordnetes, Amt ist es nämlich möglich, Gerichtsfälle an bestimmte Richter gelenkt zuzuteilen. Die Verbreitung der Korruption (84 %) und die an vielen Ebenen fehlende Transparenz (Vermögensangabe der Abgeordneten, beim Verfassungsgestaltungsprozess, Disziplinarverfahren innerhalb der Staatsanwaltschaft) werden neben den Mängeln der Meinungsfreiheit missbilligt. Bei Letzterem werden beispielsweise die zentrale Kontrolle der öffentlichen Mediendienste und die zu hohen Rechnungsbeträge für den Zugang zu Daten vom allgemeinen Interesse kritisiert. Die von Politik durchdrungene Eigentumsverhältnisse der Medien schränkt die editoriale Freiheit der Journalisten so stark ein, dass die Möglichkeit der Bürger, zu vielfältigen Informationen zu gelangen, stark erschwert wird.<sup>30</sup>

<sup>26</sup> Mehr zum Prozess: “iPad“-Verfassung fordert Ungarn heraus. Euractiv: 10.03.2011. <https://www.euractiv.de/section/mittel-und-osteuropa/news/ipad-verfassung-fordert-ungarn-heraus/> [Letzter Zugriff: 13.08.2019].

<sup>27</sup>Vgl. Mueller, Jan-Werner: Hungary heads in undemocratic direction. The Guardian: 25.04.2011. <https://www.theguardian.com/commentisfree/2011/apr/25/fidesz-hungarian-constitution> [Letzter Zugriff: 13.08.2019].

<sup>28</sup>Hungarian Civil Liberties Union: Ungarns erst 7 Jahr alte Verfassung wird zum siebten Mal geändert. Liberties: 28.06.2018. <https://www.liberties.eu/de/news/ungarns-verfassung-wurde-seit-2011-7-mal-geaendert/15237> [Letzter Zugriff: 13.08.2019].

<sup>29</sup>Plenarsitzungsdokument des Europäischen Parlaments vom 4.7.2018 A8-0250/2018 [http://www.europarl.europa.eu/doceo/document/A-8-2018-0250\\_DE.html](http://www.europarl.europa.eu/doceo/document/A-8-2018-0250_DE.html) [Letzter Zugriff: 13.08.2019].

<sup>30</sup>M. Tóth Balázs: Miről szól a magyarfaló Sargentitni-jelentés? Átlátszó: 10.09.2018. <https://blog.atlatszo.hu/2018/09/mirol-szol-a-magyarfalo-sargentini-jelentes-elolvastuk-hogy-neked-ne-kelljen/> [Letzter Zugriff: 13.08.2019].

### 3.4.2 Wie gelangen die Bürger in Ungarn zu Informationen?

In 2017 haben bereits 76 % der Bevölkerung das Internet genutzt. Große Unterschiede sind jedoch bezüglich des Alters, des Bildungsstandes und – mit letzterem stark zusammenhängend – des finanziellen Wohlstands zu beobachten: die meisten Nicht-Nutzer gehören zu den älteren Menschen (über 60) und zu denen, die nur einen niedrigen Bildungsstand (maximal 8. Klasse) bzw. Wohlstand (unterste Schicht) haben. Vor allem unter den jungen Menschen (unter 30) übernimmt das Internet die Rolle der klassischen Medien (Zeitschriften, Radio, Fernseher).<sup>31</sup> In Ungarn wird traditionell einen Tag nach den Wahlen eine Statistik durchgeführt, wie sich die Wähler bezüglich der Wahl informiert haben. Die letzten Daten wurden im April 2018 aufgenommen. Es wurde festgestellt, dass der Anteil derjenigen gesunken ist, die Fernseher und Rundfunk als primäre Informationsquellen bezüglich der Wahlergebnisse genannt haben. In 1998 und 2002 lag ihr Anteil noch bei 90 %, im Vergleich dazu in 2018 nur noch bei 73 %.<sup>32</sup>

Speziell über Politik informieren sich die Wahlberechtigten auch im Allgemeinen in der Mehrheit über Fernseher, erst dann folgt das Internet als Quelle, sogar unter den Internet-Nutzern. Führend sind die kommerziellen Fernsehsender (von 90 % der Bevölkerung benutzt), danach kommen die Öffentlich-rechtlichen (78 %). Große Nachrichtenportale im Internet erreichen 47 %, Radiosender 42 % der Wahlberechtigten. Die Leserzahl gedruckter Medien nahm in den letzten Jahren etwas ab. Ausländische Nachrichtenquellen werden – abgesehen von Menschen mit Hochschulabschluss – fast kaum wahrgenommen. Auch diese Studie stellt fest, dass zu den Bürgern, die sich nur über den Fernseher und relativ einseitig informieren, der überwiegende Anteil der Älteren, der Menschen mit einem niedrigen Bildungsstand und ein großer Teil der Bewohner kleinerer Gemeinden gehören. Sympathisanten der Regierungspartei neigen auch eher dazu, Informationen auf dieser Weise zu erwerben, währenddessen sich oppositionelle Wähler eher über das Internet im breiteren Spektrum (pluralistischer) informieren. Facebook gewann seit 2014 nicht an Bedeutung. Unter den Ungarn trägt das soziale Netzwerk zur Orientierung bei, indem die große Mehrheit der Nutzer, die politische In-

---

<sup>31</sup> Nationale Medien und Nachrichtenbehörde: Nutzung der telekommunikativen Dienstleistungen von der Bevölkerung 2017.

[http://nmhh.hu/dokumentum/194915/tavkozlesi\\_szolgaltatasok\\_lakossagi\\_hasznalata\\_2017.pdf](http://nmhh.hu/dokumentum/194915/tavkozlesi_szolgaltatasok_lakossagi_hasznalata_2017.pdf) S.40, 47, 49.

<sup>32</sup>Nationale Medien und Nachrichtenbehörde: Untersuchung der Nachrichtenverbreitung und der Wahlkampagne der Parteien im Bezug auf die Parlamentswahlen (1998-2018). [http://nmhh.hu/dokumentum/195538/nmhh\\_psyma\\_tanulmny\\_valasztasok\\_2018.pdf](http://nmhh.hu/dokumentum/195538/nmhh_psyma_tanulmny_valasztasok_2018.pdf) S. 16.

halte erhalten (21 %), auch zu Inhalten gelangen, die sich von ihrer Meinung gravierend unterscheiden (88 %). Bei denen, die ihre Informationen ausschließlich von regierungsnahen Medien beziehen (7 %), spielt Facebook eine geringe Rolle: Dreiviertel benutzen es nicht. Unter denen, die Sympathisanten einer Partei sind, orientiert sich etwa die Hälfte regelmäßig an Medien, die sie der anderen politischen Seite zugehörig einschätzen. Es gilt schließlich für alle – unabhängig von Parteizugehörigkeit –, dass man die Nachrichten, die um die eigene Partei bezüglich von Korruption handeln, als falsch kategorisieren oder das berichtende Medium als nicht authentisch einordnen. Dreiviertel der Anhänger der Fidesz meinen, dass die Opposition versucht, Fidesz mit Falschmeldungen zu diskreditieren. Die Wahlberechtigten halten es für problematisch, dass die ungarische Presse parteiisch sei und man deswegen nicht an objektive Informationen gelange (61 %), unter den Oppositionellen sogar ca. 80 %. Der Anteil derjenigen, die meinen, dass Fidesz einen größeren Einfluss auf die Medien habe, als die Opposition ist seit 2016 gestiegen (von 64 % auf 73 %). 60 % halten es für beunruhigend, dass sich die Medien immer mehr in der Hand von Fidesz befinden.<sup>33</sup>

Untersucht wurde zudem, wieviel Zeit die führenden Fernsehsender nach 18 Uhr in Nachrichtensendungen, vor den Wahlen in 2018, Politikern zu Äußerungen gegeben haben. Untersucht wurden die zwei bedeutsamsten kommerziellen Kanäle (RTL Klub und TV2 – letzteres offen Fidesz-nah) und ein öffentlich-rechtliches (Duna TV). TV2 gab 14 % der Sendungszeit oppositionellen und 86 % den regierungsnahen Sprechern. Duna TV – eigentlich per Gesetz verpflichtet, ausgewogen zu berichten – 29 % bekamen Oppositionelle zu 71 % der Regierung. Schließlich sah die Situation noch bei RTL Klub am besten aus: 46 % zu 54 % für die Regierung. Die Zahlen ändern sich auch kaum, wenn man die Berichte über die politischen Akteure betrachtet.<sup>34</sup>

Es ist zu vermuten, dass die Berichterstattung öfter einseitig ist, weswegen es den Bürgern überlassen wird, wie sie mit den bereitgestellten Informationen umgehen, ob sie diese prüfen bzw. ob sie darauf achten, dass sie auch unterschiedliche Meinungen zu bestimmten Themen einholen.

### 3.4.3 Ist Ungarn noch eine Demokratie?

<sup>33</sup>Die Quellen der politischen Orientierung in Ungarn. Trends, 2015-2018. [https://mertek.eu/wp-content/uploads/2018/11/A\\_politikai\\_tajekozodas\\_forrasai\\_Magyarorszagon\\_2018.pdf](https://mertek.eu/wp-content/uploads/2018/11/A_politikai_tajekozodas_forrasai_Magyarorszagon_2018.pdf) [Letzter Zugriff: 15.08.2019].

<sup>34</sup>Szalay, Dániel: Letompította az ellenzéket a TV2 és a Duna TV. 24.hu: 19.04.2014. <https://24.hu/media/2018/04/19/letompította-az-ellenzék-et-a-tv2-es-a-duna-tv/> [Letzter Zugriff: 16.08.2019].



In Anbetracht der geschilderten Verhältnisse ist die Frage zu stellen, welche Demokratieform in Ungarn vorzufinden ist. Zakaria beschreibt das Phänomen der stetigen Verbreitung von sog. illiberalen Demokratien. Charakteristisch für sie ist, dass die Regime demokratisch gewählt, teilweise sogar durch Wiederwahl oder Referendum bestätigt wurden. Diese missachten "routinemäßig" die durch die Verfassung gesetzte Einschränkung ihrer Macht und "berauben ihren Bürger derer grundlegende Rechte und Freiheiten."<sup>35</sup> Er hebt den Unterschied dazu im Verständnis der westlichen Welt über Demokratie hervor, in der die liberale Demokratie als Herrschaftsform verstanden wird, die auf Rechtsstaatlichkeit, Gewaltenteilung und Schutz der grundlegenden Freiheiten, wie Meinungs- und Religionsfreiheit, Freiheit des Eigentums und Vereinigungsrecht, basiert. Diese Charakteristika definiert Zakaria als konstitutioneller Liberalismus, was – politiktheoretisch gesehen – nicht zu den Mindestanforderungen einer Demokratie gezählt werden kann.<sup>36</sup>

Viktor Orbán äußerte sich in 2014 zu seinen Vorstellungen über dieses Thema folgendermaßen: "im großen globalen Wettbewerb, der um die Gestaltung des wettbewerbsfähigsten Staates läuft, erwarten die ungarischen Bürger von den ungarischen Führungskräften, dass sie eine Form der Staatsorganisation finden, ausarbeiten, die – nach der Ära des liberalen Staates, der liberalen Demokratie – natürlich die Werte des Christentums, der Freiheit und der Menschenrechte respektierend –, die ungarische Gemeinschaft wieder wettbewerbsfähig macht". Dabei soll die Arbeit und das Interesse der Menschen anerkannt werden, was eng mit der Gemeinschaft und der Nation zusammenhänge. "[D]ie ungarische Nation ist nicht einfach eine bloße Menge von Individuen, sondern eine Gemeinschaft, die organisiert, verstärkt und tatsächlich konstruiert werden muss. Und in diesem Sinne ist der neue Staat, den wir in Ungarn errichten, ein illiberaler Staat, ein nicht-liberaler Staat. Er lehnt die grundlegenden Werte des Liberalismus nicht ab, wie Freiheit, und jetzt könnte ich noch einige nennen, aber er macht diese Ideologie nicht zu dem zentralen Element der Staatsorganisation, sondern setzt einen anderen, einen eigenen, nationalen Denkansatz ein."<sup>37</sup>

Diese Äußerungen des ungarischen Ministerpräsidenten scheinen auf dem ersten Blick – mit der Charakteristika der illiberalen Demokratie im Hinterkopf – etwas paradox zu sein. Bei genauerer Überlegung wird aber eindeutig, dass die Prinzipien der libe-

<sup>35</sup>Zakaria, Fared: The rise of illiberal democracy. Foreign Affairs Nov/Dec 1997; Bd. 76, 6. S. 22.

<sup>36</sup>Zakaria, Fared: The rise of illiberal democracy. Foreign Affairs Nov/Dec 1997; Bd. 76, 6. S. 22f.

<sup>37</sup>Orbán Viktor: Rede in Tusnádfürdő am 26.07.2014. <https://www.kormany.hu/en/the-prime-minister/the-prime-minister-s-speeches/prime-minister-viktor-orban-s-speech-at-the-25th-balvanyos-summer-free-university-and-student-camp> [Letzter Zugriff: 15.08.2019].

ralen Demokratie oder – Zakaria folgend – des konstitutionellen Liberalismus, nach der Vorstellung von Orbán, in den Hintergrund geschoben wurden, dafür werden die Nationalismus und die christlichen Traditionen zu Leitideen genannt, die scheinbar die Wettbewerbsfähigkeit Ungarns steigern sollten.

## 4 Die digitalen Technologien und die Demokratie

### 4.1 Gefahren der digitalen Demokratie

Mit dem Zugang zu praktisch unendlich vielen Informationen kann eine komplexere Selektion stattfinden, die zum sog. Digitalen Tribalismus führen können. Durch digitale Medien ist es möglich geworden, dass die Stimme der Minderheit als großer Einflussfaktor für die Mehrheit wirkt. Tribale Epistemologie wurde von David Roberts wie gefolgt definiert: „Eine Information wird nicht anhand von Kriterien wie wissenschaftliche Standards der Beweisführung oder gar der Anschlussfähigkeit an das allgemeine Weltverständnis beurteilt, sondern einzig und allein danach, ob sie den Werten und Zielen des Stammes entspricht und von den Anführern gebilligt ist. ‚Gut für unsere Seele‘ und ‚wahr‘ beginnen zu verschmelzen.“<sup>38</sup> Das ist die Erklärung dafür, warum man Fake News eventuell trotz besseren Wissens weiterleitet, bzw. warum unangenehme Wahrheiten ignoriert werden.

Die Gefahren digitaler Technologien liegen auch darin, dass man immer häufiger (nur) digitalen Kontakt zu anderen Personen hat, sowohl privat, als auch offiziell. Die Verifikation ihrer Identitäten kann zunehmend problematisch werden. Es wird immer komplizierter zu überprüfen, welche Informationen über bestimmte Personen und Sachverhalte authentisch sind. Dazu kommt noch, dass sehr viele Daten im Verkehr sind, diese müssen sicher gespeichert und verwaltet werden. Im Beispiel der US-Wahlen wurde deutlich, wie leicht es ist, zuerst an eine große Menge von Daten zu gelangen, dann diese für Manipulation zu nutzen. Unsicher bleibt, was für Daten über den Nutzer erfasst wurden und anhand welcher Algorithmen ihn Informationen erreichen. Deswegen wird das Vertrauen der Nutzer in die technischen, möglicherweise aber auch in die politischen Systeme geschwächt. Die Argumentation auf dieser Ebene weiterführend können die Nutzer, die Wähler so enttäuscht werden, dass sie politisch desinteressiert werden und sich noch weniger informieren.

---

<sup>38</sup>Roberts, David: Donald Trump and the rise of tribal epistemology. Vox: 2017.05.19. <https://www.vox.com/policy-and-politics/2017/3/22/14762030/donald-trump-tribal-epistemology> [letzter Zugriff: 23.07.2019].

## 4.2 Chancen digitaler Technologien

Mit jeder technischen Errungenschaft, die die Kommunikation der Menschen auf eine neue Ebene legt, werden technologische Utopien entwickelt, nach denen die Bürger drastisch einfacher zu Informationen gelangen und dadurch eine aktivere und verantwortungsvollere Rolle in der Politik, in der Demokratie einnehmen könnten.<sup>39</sup> Sowohl eine direkte als auch eine deliberative Demokratie zu gestalten wäre technisch möglich. Im ersten Fall ginge es um die Abstimmungen selbst, die optimalerweise voraussetzen, dass diejenigen, die abstimmen, sich davor adäquat informierten. Bei der zweiten Variante geht es viel mehr um die Dialoge vor den Entscheidungen. Hier würden sich die Entscheidungsträger mit den Bürgern austauschen, über die Gestaltung des Gemeinwesens in Austausch treten.

Das Internet wird daher häufig (wie früher das Radio oder der Fernseher) als Hoffnungsträger der Demokratie betrachtet. In erster Linie deswegen, weil es theoretisch noch einfacher ist, Veränderungen von unten zu steuern. Die Bürger können sich flexibel, global vernetzt und dezentralisiert organisieren. Der entscheidende Faktor hierbei wäre, dass eine Zensur nur relativ schwer vollständig möglich wäre, deswegen wären die Bürger in der Lage, sich regierungsunabhängig zu organisieren bzw. zu agieren. In diesem Sinne könnte das Internet als der Gegenpol zur Medienmacht des Staates dienen.

## 4.3 Verantwortliche Nutzung der gegebenen Technologien

Wir leben in einer Zeit, in der es möglich ist, dass jeder – zumindest abgesehen von den Ärmsten der Welt – Zugang zu nahezu unendlich vielen Informationen haben kann. Diese Möglichkeit, dass es heutzutage nicht mehr das Privileg der Elite ist, gut informiert zu sein, lockt für die vielleicht etwas leichtsinnige Schlussfolgerung, dass jeder direkten Einfluss auf gesellschaftliche Entscheidungen nehmen kann und soll. Damit wäre die hierarchische Organisation unserer Welt – samt Staaten – praktisch überflüssig und eine von unten aufgebaute Gesellschaft würde funktionsfähig sein. Bei dieser schon eher extremen Vorstellung stellt sich schnell die Frage, ob der Durchschnittsmensch überhaupt in der Lage ist – um nicht davon zu sprechen – ob er daran interessiert ist, sich mit diesen Unmengen von Informationen effektiv und verantwortlich umzugehen. Oder anders formuliert: “Kann neben der digitalen Technologie auch der öffentliche

---

<sup>39</sup>Vgl. Pogonyi Szabolcs: Digitális demokrácia vagy kiberbalkán? In: Világosság 2006/I., S. 5-6.

Vernunftsgebrauch siegen?“<sup>40</sup>

## 5 Abschließende Gedanken

Nach Vertretern des technologischen Determinismus verändern neue Technologien zwangsläufig alle Institutionen des Lebens: Familie, Wohnraum, religiöse Gruppe, Firmen, Regierung sogar eine Nation.<sup>41</sup> In dieser Hinsicht steht uns ein neuer Abschnitt bevor, vielleicht hat er auch bereits angefangen. Diese Veränderung kann sowohl mit Zuversicht als auch mit großen Sorgen betrachtet werden. Wenn man aber davon ausgeht, dass Utopien bzw. Dystopien immer wieder geäußert werden, wenn sich neue Technologien verbreiten, wird wohl die neue Ära des Internets auch nicht einer von den extremen Richtungen zusteuern.

Die Errungenschaften digitaler Technologien besitzen ein hohes Potenzial, damit die Bürger eine immer aktivere Rolle am gemeinschaftlichen Leben einnehmen. Für dieses Szenario ist es unabdingbar, dass die Bürger einerseits ein solides Verständnis über die Funktionsweise der digitalen Welt entwickeln, andererseits lernen, wie sie mit Informationen reflektiv umgehen. Auf diese Bildungsarbeit haben die Staaten – die Regime – einen enormen Einfluss. Daher versteckt sich genau hier die Gefahr für die Demokratien. Je nachdem, wie das Regime sich selbst sieht, kann es die Informationen für die große Mehrheit schwer zugänglich machen. Wenn das passiert, besteht immer noch die Möglichkeit, dass die Bürger selbst aktiv werden, wie es im Fall des Arabischen Frühlings war. Wenn durch solche Bürgerinitiativen eine große Einheit entsteht, dann kann man der Macht autokratischer Regime entgegenwirken.

## Literatur

- [1] Bruce G. Buchanan. A (very) brief history of artificial intelligence. *AI Magazine*, Volume 26, Number 4, pages 53-60, 2005.
- [2] “iPad”-Verfassung fordert Ungarn heraus. *Euractiv*, 10.03.2011.  
<https://www.euractiv.de/section/mittel-und-osteuropa/news/ipad-verfassung-fordert-ungarn-heraus/>
- [3] Amnesty. SYRIEN 2017/18. <https://www.amnesty.de/jahresbericht/2018/syrien>

<sup>40</sup>Vgl. Pogonyi Szabolcs: Digitális demokrácia vagy kiberbalkán? In: Világosság 2006/I., S. 6.

<sup>41</sup>Molnár, Attila Károly: A digitális kor kór. In: In Medias Res, 2013/2 S.227.

- [4] ARD-alpha Digitalisierung - Gefahr oder Chance für die Demokratie?. <https://www.youtube.com/watch?v=dDv9GWLcNvE>
- [5] Bpb. 2. Februar 1982: Das Massaker von Hama in Syrien. 2017. <https://www.bpb.de/politik/hintergrund-aktuell/241689/massaker-von-hama>
- [6] Dahl, Robert A. On democracy. *Yale University Press*, London 2000.
- [7] Der Spiegel. Syrien-Chronologie Kampf gegen Assad. <https://www.spiegel.de/politik/ausland/syrien-chronologie-kampf-gegen-assad-a-864364.html>
- [8] Mérték Médiaelemző Műhely. Die Quellen der politischen Orientierung in Ungarn. Trends, 2015-2018. [https://mertek.eu/wp-content/uploads/2018/11/A\\_politikai\\_tajekozodas\\_forrasai\\_Magyarorszagon\\_2018.pdf](https://mertek.eu/wp-content/uploads/2018/11/A_politikai_tajekozodas_forrasai_Magyarorszagon_2018.pdf)
- [9] DW. Facebook-Datenskandal: Was bisher geschah. <https://www.dw.com/de/facebook-datenskandal-was-bisher-geschah/a-43322775>
- [10] Eberhardt, Oliver. 60 000 politische Gefangene in Ägypten. <https://www.neues-deutschland.de/artikel/1093036.politische-gefangene-in-aegypten.html>
- [11] Ehrenstein, Claudia. "Freunde Syriens" drohen Assad mit Militärschläge. *Die Welt*, 2012. <https://www.welt.de/politik/ausland/article106144003/Freunde-Syriens-drohen-Assad-mit-Militaerschlag.html>
- [12] El Difraoui, Dr. Asiem. Die Rolle der neuen Medien im Arabischen Frühling. *bpb*, 2011. <https://www.bpb.de/internationales/afrika/arabischer-fruehling/52420/die-rolle-der-neuen-medien?p=all>
- [13] Fuchs, Dieter. Demokratie, in: Fuchs, Dieter/ Roller, Edeltraud (Hrsg.): Lexikon Politik. Hundert Grundbegriffe. Reclam, Stuttgart 2009.
- [14] Gniazdowski, Mateusz/ Sadecki, Andrzej. Constitution for a new Hungary - the domestic and regional implications. *OSW Commentary*, 07.08.2011. <https://www.osw.waw.pl/en/publikacje/osw-commentary/2011-08-07/constitution-a-new-hungary-domestic-and-regional-implications>

- [15] Ungarn: Verfassungsänderungen unzureichend. Europa soll Rechtsstaatlichkeit aktiv schützen. *Human Rights Watch*, 18.09.2013.  
<https://www.hrw.org/de/news/2013/09/18/ungarn-verfassungsanderungen-unzureichend>
- [16] Hungarian Civil Liberties Union. Ungarns erst 7 Jahr alte Verfassung wird zum siebten Mal geändert. *Liberties*, 28.06.2018.  
<https://www.liberties.eu/de/news/ungarns-verfassung-wurde-seit-2011-7-mal-geaendert/15237>
- [17] Hungary approves new constitution. *Financial Times*, 18.04.2011.  
<https://www.ft.com/content/004ac47c-68ed-11e0-9040-00144feab49a>
- [18] Malzahn, Philip. Freiheit für die Lügenpresse. *Neues-Deutschland*, 26.05.2019.  
<https://www.neues-deutschland.de/artikel/1119571.mahmoud-hussein-freiheit-fuer-die-luegenpresse.html>
- [19] M. Tóth, Balázs. Miről szól a magyarfaló Sargentitni-jelentés? *Átlátszó*, 10.09.2018. <https://blog.atlatszo.hu/2018/09/mirol-szol-a-magyarfalo-sargentitni-jelentes-elolvastuk-hogy-neked-ne-kelljen/>
- [20] Molnár, Attila Károly. A digitális kor kór. *In Medias Res*, Number 2, pages 221-246, 2013.
- [21] Mueller, Jan-Werner. Hungary heads in undemocratic direction. *The Guardian*, 25.04.2011. <https://www.theguardian.com/commentisfree/2011/apr/25/fidesz-hungarian-constitution>
- [22] Naggar, Mona. Revolution der syrischen Medien. *Deutschlandfunk*, 2013.  
[https://www.deutschlandfunk.de/revolution-der-syrischen-medien.761.de.html?dram:article\\_id=265043](https://www.deutschlandfunk.de/revolution-der-syrischen-medien.761.de.html?dram:article_id=265043)
- [23] Nationale Medien und Nachrichtenbehörde. Nutzung der telekommunikativen Dienstleistungen von der Bevölkerung. 2017.  
[http://nmhh.hu/dokumentum/194915/tavkozlesi\\_szolgaltatasok\\_lakossagi\\_hasznalata\\_2017.pdf](http://nmhh.hu/dokumentum/194915/tavkozlesi_szolgaltatasok_lakossagi_hasznalata_2017.pdf)
- [24] Nationale Medien und Nachrichtenbehörde. Untersuchung der Nachrichtenverbreitung und der Wahlkampagne der Parteien im Bezug auf die Parlamentswahlen

- (1998-2018).  
[http://nmhh.hu/dokumentum/195538/nmhh\\_psyma\\_tanulmny\\_valasztasok\\_2018.pdf](http://nmhh.hu/dokumentum/195538/nmhh_psyma_tanulmny_valasztasok_2018.pdf)
- [25] Orbán, Viktor. Rede an der Konferenz “Dialog und Identität” am 24.04.2015. In Budapest.  
<https://www.kormany.hu/en/the-prime-minister/the-prime-minister-s-speeches/vortrag-von-viktor-orban-an-der-konferenz-dialog-und-identit-t>
- [26] Orbán, Viktor. : Rede in Tusnádfürdő am 26.07.2014.  
<https://www.kormany.hu/en/the-prime-minister/the-prime-minister-s-speeches/prime-minister-viktor-orban-s-speech-at-the-25th-balvanyos-summer-free-university-and-student-cam>
- [27] Osius, Anna. Wie Graffiti von Schuljungen einen Bürgerkrieg auslösten. *Deutschlandfunk* 2017. [https://www.deutschlandfunk.de/sechs-jahre-syrienkrieg-wie-graffiti-von-schuljungen-einen.1773.de.html?dram:article\\_id=381266](https://www.deutschlandfunk.de/sechs-jahre-syrienkrieg-wie-graffiti-von-schuljungen-einen.1773.de.html?dram:article_id=381266)
- [28] Plenarsitzungsdokument des Europäischen Parlaments vom 4.7.2018 A8-0250/2018n.  
[http://www.europarl.europa.eu/doceo/document/A-8-2018-0250\\_DE.html](http://www.europarl.europa.eu/doceo/document/A-8-2018-0250_DE.html)
- [29] Pogonyi, Szabolcs. Digitális demokrácia vagy kiberbalkán? *Világosság*, Number I, pages 5-11, 2006.
- [30] Schrader, Hannes. Was geschah mit Jamal Khashoggi? *ZeitOnline*, 20.10.2018. <https://www.zeit.de/politik/ausland/2018-10/jamal-khashoggi-saudi-arabien-journalist-konsulat-istanbul-faq>
- [31] Roberts, David. Donald Trump and the rise of tribal epistemology. *Vox*, 19.05.2017.  
<https://www.vox.com/policy-and-politics/2017/3/22/14762030/donald-trump-tribal-epistemology>
- [32] Szalay, Dániel. Letompította az ellenzéket a TV2 és a Duna TV. *24.hu*, 19.04.2014.  
<https://24.hu/media/2018/04/19/letompitotta-az-ellenzeket-a-tv2-es-a-duna-tv/>
- [33] Szyska, Christian. Panarabismus, in: Elger, Ralf/ Stolleis, Friederike (Hg.): Kleines Islam-Lexikon. Geschichte - Alltag - Kultur. München 2018.  
<https://www.bpb.de/nachschlagen/lexika/islam-lexikon/21615/panarabismus>

- [34] Eine Geschundene Generation. *Tagesschau*,  
<https://www.tagesschau.de/ausland/unicef-syrien-kinder-101.html>
- [35] Voss, Oliver. Facebook-Daten illegal für Trump-Wahlkampf genutzt. *Tagesspiegel*, 19.03.2018. <https://www.tagesspiegel.de/wirtschaft/cambridge-analytica-facebook-daten-illegal-fuer-trump-wahlkampf-genutzt/21088976.html>
- [36] Wagner, Sabine Lokales Demokratie-Update. Wirkung dialogorientierter und direktdemokratischer Bürgerbeteiligung. Springer VS, Wiesbaden 2019.
- [37] Wikipedia. Diktatur. <https://de.wikipedia.org/wiki/Diktatur> [10.08.2019, 17:10].
- [38] Zakaria, Fareed. The rise of illiberal democracy. *Foreign Affairs*, Volume 76, Number 6, pages 22-43, 1997.